

Universität Stuttgart
Institut für Sozialwissenschaften
Abteilung für Sozialwissenschaften III
Proseminar: Globalisierung und Global Governance
Leitung: Matthias Gaugele, M. A.
Wintersemester 2005/2006

Wunsch und Wirklichkeit: Afrika und Global Governance

Vorgelegt von:
Andreas C. Lazar
Burckhardtstr. 5
70374 Stuttgart
Tel.: (0711) / 551762
E-Mail: andreas@andreas-lazar.de
Matrikelnummer: 1923555
Technikpädagogik (Inf/Pol, 8. Semester)
Abgabe: 13. April 2006

Inhalt

1. Anfang	3
2. Der Wunsch der Global Governance	4
3. Die Wirklichkeit Afrikas	5
3. 1. Die Wirtschaft	5
3. 1. 1. Der Rohstofffluch	5
3. 1. 2. Weitere Hemmnisse	5
3. 2. Die Gesellschaft	6
3. 2. 1. Ökonomische Voraussetzungen	6
3. 2. 2. Kulturelle Voraussetzungen	7
3. 2. 3. Soziale Bedingungen	7
3. 3. Der Staat	8
3. 3. 1. Endemische Korruption	8
3. 3. 2. Ohnmächtige Organisation	9
3. 3. 3. Ohnmächtige Gewalt	9
3. 3. 4. Fehlende Legitimation	9
3. 4. Afrika und die Welt	10
3. 4. 1. Keine Stimme	10
3. 4. 2. Keine Macht	10
3. 4. 3. Verkehrte Anerkennung	11
4. Schluß	12
5. Quellen	13

1. Anfang

Zu Beginn eines Jahrhunderts ungesehener Globalisierung steht Afrika ungesehen am Rand. Südlich der Sahara liegt das ärmste, am wenigsten entwickelte und konfliktreichste Gebiet der Erde, in dem unzählige Menschen im Elend leben und im Krieg sterben müssen. Wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch schon heute marginalisiert, wird Afrika mehr und mehr abgedrängt, während der Westen die Früchte der weltweiten Verflechtung seiner hochentwickelten Nationen erntet.

In dieses Abbild der Ungerechtigkeit tritt die Global Governance mit ihrem Anspruch, globale Herausforderungen und grenzüberschreitende Phänomene auf internationaler Ebene politisch zu bearbeiten. Doch welches Phänomen könnte wichtiger, welche Herausforderung dringlicher sein als die Linderung des Leides unserer Mitmenschen? Diese Arbeit wird das Konzept der Global Governance hieran messen, indem sie seinen normativen Wunsch der Wirklichkeit des subsaharischen Afrika gegenüberstellt, die von wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, national- und weltpolitischer Unterentwicklung gekennzeichnet ist, in der das Konzept nur sehr schlecht greifen kann. Abschließend werden kurz einige mögliche Wege der Verbesserung aufgezeigt.

2. Der Wunsch der Global Governance

In der Definition des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen UNDP bezeichnet „Governance“ die „Methoden, die Gesellschaften nutzen, um Macht zu verteilen und öffentliche Ressourcen und Probleme zu steuern“. Governance ist somit „die Ausübung politischer, wirtschaftlicher und administrativer Autorität für die Steuerung aller nationalen Angelegenheiten. Es geht um die komplexen Mechanismen, Verfahren, Beziehungen und Institutionen, durch die Bürger und Gruppen ihre Interessen artikulieren, ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen und ihre Konflikte beilegen“ (Tetzlaff 2003: 481).

Entsprechend ist „Global Governance“ in den Worten Dirk Messners, des ehemaligen Wissenschaftlichen Geschäftsführers des Instituts für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg, die „Entwicklung eines Institutionen- und Regelsystems und neuer Mechanismen internationaler Kooperation, die die kontinuierliche Problembearbeitung globaler Herausforderungen und grenzüberschreitender Phänomene erlauben“ (Messner/Nuscheler 2003b: 3).

Global Governance soll in den weiteren Worten Messners und des Direktors des Instituts für Entwicklung und Frieden, Franz Nuscheler, Mittel und Wege zur politischen Gestaltung der Globalisierung aufzeigen, ohne jedoch eine Weltregierung zu errichten. Eingerichtet werden sollen aber verschiedene Formen und Stufen der Koordination, Kooperation und kollektiven Entscheidungsfindung, wofür Souveränitätsverzicht der Nationalstaaten nötig seien. Sie blieben dennoch „die tragenden Stützpfiler der Global-Governance-Architektur“, die als Interdependenzmanager mit komplexen Koordinationsaufgaben die Interessen der eigenen Gesellschaft als einzig legitime Akteure nach außen vertreten, sie vor negativen internationalen Einflüssen schützen, die öffentlichen Güter bereitstellen und für den sozialen Ausgleich sorgen (vgl. Messner/Nuscheler 2003a: 423 ff).

Doch dieser Anspruch an den Nationalstaat ist höchst voraussetzungsvoll. Wenn die „Interdependenzmanager“ ausfallen, geht das Konzept der Global Governance ins Leere (vgl. Grande 2001: 13). Im Folgenden soll gezeigt werden, daß dies in der Mehrzahl der afrikanischen Länder südlich der Sahara der Fall ist, da sie keine entwickelten Wirtschaften und Gesellschaften und darum auch keine lokal und global wirksamen Regierungen besitzen.

3. Die Wirklichkeit Afrikas

3. 1. Die Wirtschaft

„Wir müssen neue Länder finden, aus denen wir leicht Rohstoffe gewinnen und wo wir zugleich von der billigen Sklavenarbeit profitieren können, die die Eingeborenen der Kolonien leisten. Die Kolonien können auch ein Abladeplatz für die Überschussproduktion unserer Fabriken sein.“ Cecil Rhodes (zit. nach Goldsmith 2002: 34)

3. 1. 1. Der Rohstofffluch

Der weit überwiegende Teil des subsaharischen Afrikas hat sich bis heute nicht von seiner gewaltsamen Ausrichtung auf den Export von Rohstoffen zur Befriedigung europäischer Bedürfnisse während der Kolonialzeit lösen können. Es werden weiter nur wenige mineralische und in Monokulturen angebaute landwirtschaftliche Rohstoffe ausgeführt, umgekehrt werden Investitionsgüter, Fertigwaren, Mineralöl und vor allem Nahrungsmittel importiert. Die fehlende Diversifikation und mangelnde nationale Produktionskapazität führen zu großer Abhängigkeit von Preisschwankungen auf dem Weltmarkt, die kaum ausgeglichen werden können, so daß zum Beispiel die Ölkrisen die afrikanischen Staaten weit stärker als die westlichen belastet haben (vgl. Kappel 1998: 82 ff). Ferner fließen Kapital, Wissen, Arbeit und Ressourcen einseitig in die städtisch basierten Exportbranchen, während die ländlichen Regionen vernachlässigt und benachteiligt werden, weswegen kaum Verbindungen zwischen primärem und sekundärem Sektor entstehen. Landflucht, schwache Industrien, niedrige Produktivität und kleine nationale Märkte sind die Folge (vgl. Kappel 1998: 93 f, 98).

3. 1. 2. Weitere Hemmnisse

Hohe Transportkosten in und zu den häufig sehr großen und landumschlossenen afrikanischen Staaten, vielfach schlechte Infrastrukturen (vgl. Kappel 1998: 98) und die tropische Umwelt mit ihrem seuchenfördernden, dauerheißen Klima und ihren nährstoffarmen Böden (vgl. Tetzlaff/Jakobeit 2005: 30 f) behindern einen potentiellen afrikanischen Aufschwung ebenso

wie der riesige informelle Sektor des Schmuggels, Diebstahls, Waffen- und Menschenhandels und der Prostitution, an dem häufig nationale Eliten partizipieren (vgl. Kappel 1998: 109, 111). Das hohe Bevölkerungswachstum der letzten Jahrzehnte schließlich hat das ohnehin sehr geringe Wirtschaftswachstum zunichte gemacht (vgl. Kappel 1998: 97), und die AIDS-Pandemie mit über 28 Millionen afrikanischen HIV-Infizierten im Jahre 2003 sowie andere Krankheiten werden es auch in Zukunft stark drücken (vgl. Tetzlaff/Jakobeit 2005: 247). Bei diesen höchst ungünstigen Bedingungen verwundert es nicht, daß ein Exodus der Jugend und der Intelligenz stattfindet (vgl. Tetzlaff 2000a: 9) und daß es wenig regionale Kooperation und Integration und kaum Auslandsinvestitionen außerhalb der Exportbranche gibt (vgl. Kappel 1998: 89 ff).

Insgesamt haben die Staaten südlich der Sahara somit zwischen 1960 und 2000 lediglich zwei Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr erzielen können. Um nur ihr heutiges Niveau halten zu können, wären aber für viele Jahre konstant vier bis fünf Prozent nötig (vgl. Tetzlaff/Jakobeit 2005: 249). Diese andauernde Armut, Rückständigkeit und Perspektivlosigkeit wirkt sich in den afrikanischen Gesellschaften in maßgeblicher Weise aus, wie im Folgenden gezeigt wird.

3. 2. Die Gesellschaft

In den meisten afrikanischen Gesellschaften südlich der Sahara hat sich bisher noch keine größere Schicht ressourcenstarker und selbstbewußter Bürger gebildet, die in einem gemeinsamen Markt interagieren und ihren politischen Willen friedlich artikulieren, um so den sozialen Kitt der Gesellschaft als gedachter Einheit verschiedener Ethnien und Gruppen zu fertigen, der Demokratisierung und einen modernen Staat ermöglicht (vgl. Tetzlaff 2000d: 41 f). Stattdessen ist die Realität vielfach fragmentiert (vgl. Tetzlaff 2000b: 709), da die ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen für die Entstehung eines modernen Bürgertums noch weitgehend unerfüllt sind und widrige soziale Bedingungen herrschen.

3. 2. 1. Ökonomische Voraussetzungen

Eine vernetzte Warengesellschaft freier Konkurrenten auf Grundlage eines relativ egalitären Wertesystems und des Wohlstandes relativ vieler erleichtert die Entstehung einer gewaltfreien

und toleranten demokratischen Streitkultur (vgl. Tetzlaff 1998b: 128), da der „Verlierer“ des Streites nicht befürchten muß, mit leeren Händen dazustehen und zudem weiter die Möglichkeit hat, im Markt Karriere zu machen, wenn ihm die Politik versperrt ist (vgl. Tetzlaff 2000b: 719). Leider gibt es in großen Teilen Afrikas, wie oben belegt, keinen nennenswerten Markt und auch, wie in den beiden nächsten Abschnitten gezeigt, noch keine soziale Befreiungsbewegung hin zu mehr Freiheit, Gleichheit und Toleranz.

3. 2. 2. Kulturelle Voraussetzungen

Als erster Kontinent der Welt wurde Europa aufgrund seiner sozialen Mobilisierung, Entbäuerlichung, Alphabetisierung und Pluralisierung in tiefen ordnungs- und gesellschaftspolitischen Konflikten physisch und mental umgebrochen, bis die heutigen westlichen Institutionen der Konfliktbearbeitung nach langem Kampf gegen den Widerstand der Herrschenden endlich errungen waren. Dabei wurden die in traditionellen Gesellschaften selbstverständlichen Normen der Gemeinschaftsverpflichtung durch die Ideen der Gleichheit der Menschen an Rechten und Würde, der Autonomie des Individuums, der Toleranz und der Freiheit abgelöst (vgl. Senghaas 2003: 325 – 329). Dieser soziale Modernisierungsprozeß hat in den afrikanischen Entwicklungsländern noch nicht auf vergleichbarer Ebene stattgefunden (vgl. Tetzlaff 2000b: 712). Stattdessen herrschen weiter vormoderne soziale Bedingungen vor.

3. 2. 3. Soziale Bedingungen

Die traditionellen subsaharischen Kulturen Afrikas sind wie für reproduktionsorientierte agrarische Subsistenzgemeinschaften typisch solidarisch und kommunitär organisiert. Gemeinschaftliche Konfliktlösung, Versöhnung und Gehorsam spielen eine große Rolle. Weiter hemmen orale Kultur, sakralisierte Herrschaft, Magie- und Hexereiglaube, gerontokratische Privilegien und das Denken in klientelistischen Kollektivstrukturen eine Bewegung hin zu mehr Agonalität und Individualität und damit sowohl zur Demokratie (vgl. Tetzlaff 1998b: 138 – 142) als auch zu einem besseren Anschluß an die Weltwirtschaft, die Unabhängigkeit und persönliche Verantwortung Reziprozität und Solidarität vorzieht (vgl. Tetzlaff 2000c: 41). Und schließlich hat das kollektivistische Denken mit dazu geführt, daß die den Afrikanern übergestülpten europäischen Staatenmodelle bis heute nicht funktionieren.

3. 3. Der Staat

„Wir zogen Linien auf Landkarten von Gebieten, auf die ein weißer Mann noch nie seinen Fuß gesetzt hatte. Wir schoben uns gegenseitig Gebirge, Flüsse und Seen zu. Ein bißchen unbehaglich war uns manchmal nur deshalb zumute, weil wir keine Ahnung hatten, wo diese Gebirge, Flüsse und Seen lagen.“ Lord Salisbury, britischer Premierminister, 1890 in der Londoner Times (zit. nach Ferdowsi 1998: 10)

„Man empört sich vor der Schandmauer in Berlin, aber man vergißt alle Berliner Mauern, die Afrika zerstückeln.“ Joseph Ki-Zerbo, burkinischer Historiker, 1979 (zit. nach Ferdowsi 1998: 11)

Bei ihrem Abzug ließen die westlichen Kolonialmächte willkürlich gezogene, wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch problematische Grenzen zurück, zwischen denen ihre divide-et-impera-Strategie eine interethnisch vergiftete Atmosphäre hinterlassen hatte (vgl. Ferdowsi 1998: 10 f). Der nachkoloniale Staat konnte sie und die vielen anderen Probleme in allen Lebensbereichen aus den im Folgenden genannten Gründen häufig bis heute nicht lösen.

3. 3. 1. Endemische Korruption

In solidarisch-kommunitären Kulturen haben konkrete Primärbeziehungen Vorrang vor dem abstrakten Allgemeinwohl: Man begünstigt Verwandte, Freunde und Gefolgsleute, indem man Ämter als Quellen von Status, Macht und Reichtum für sich und sie ausnutzt (vgl. von Trotha 2000: 263, 267). Wer nicht zum Gefolge gehört, wird als Konkurrent um die Pfründe gesehen, wodurch eine stark antagonistische Politik entsteht (vgl. von Trotha 2000: 268). So prägen nicht Rationalität und Meritokratie, sondern Patronage und Klientelismus die Ordnung (vgl. Tetzlaff 2000b: 712 f). Reichtum an Rohstoffen verstärkt diese Plünderungs- und Rentenmentalität der Machthaber noch, da sie sich, solange sie mit internen und externen Gebern gut stehen, dank der Rohstoffe von der Mitarbeit und Zustimmung des Volkes unabhängig politisch stabilisieren und finanziell unterhalten können (vgl. Tetzlaff 2003: 484), wobei sie manchmal gar nicht erst den Versuch unternehmen, ihre Herrschaft institutionell, konstitutionell oder ökonomisch zu festigen (vgl. Tetzlaff 2000b: 709). Heute sind die afrikanischen Verwaltungen daher häufig bürokratisch ineffizient, unberechenbar, geben keine Rechenschaft ab und bieten keine Rechtssicherheit an (vgl. Tetzlaff 2003: 481).

3. 3. 2. Ohnmächtige Organisation

Die afrikanischen Funktionäre wurden ferner nur unzureichend auf ihre Selbstregierung vorbereitet, die weit mehr und größere Aufgaben umfaßt als die koloniale Verwaltung. Folglich war nur eine geringe Steuerleistung und Sachkompetenz in den wichtigen wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Aufgaben vorhanden, die zu weiterer Korruption, Verschwendung, Überschuldung und Ruin und damit einer beträchtlichen, bis heute wirkenden Einengung der politischen Spielräume führte (vgl. Tetzlaff 2000b: 713). Zudem erreicht die unverändert auf die Bedürfnisse der Kolonialzeit zugeschnittene Verwaltungsinfrastruktur meist bestenfalls die Stadtzentren und deren Verbindungslinien (vgl. Tetzlaff 2000b: 712). Diese Labilität und Strukturschwäche verhindert eine Mobilisierung der Wirtschaft und Gesellschaft zusätzlich (vgl. Tetzlaff 2000b: 711).

3. 3. 3. Ohnmächtige Gewalt

Aufgrund seiner Ineffizienz und geringen Reichweite kann der afrikanische Staat sein Gewaltmonopol nicht durchsetzen und Leib und Leben seiner Bürger nicht gegen Gefahren schützen. Ganze Regionen werden so von den Zentren abgekoppelt (vgl. von Trotha 2000: 258 f). Je mehr der Staat verschwindet, desto eher übernehmen wieder bewährte ethnische, religiöse und kulturelle Einrichtungen die Herrschaft (vgl. Tetzlaff 2000c: 51).

3. 3. 4. Fehlende Legitimation

Die Abwesenheit des Gewaltmonopols und der politischen Ordnungssicherheit bedeutet, daß wesentliche staatliche Legitimations- und Vertrauensquellen fehlen (vgl. Tetzlaff 2000b: 711). Der Staat, der keine Chancen auf politische Mitbestimmung und Verteilungsgerechtigkeit bietet (vgl. Tetzlaff 1998a: 14 f), erscheint als „Agent der Selbstzerstörung und Beraubung der Güter des Volkes“ (Tetzlaff 2000b: 721). Auch die politischen Parteien geben keine Hoffnung, da sie in Afrika meist nicht als verdichtete Interessengruppen, sondern als ethnische und religiöse Sammelbecken oder als Präsidial- und Protestplattformen auftreten (vgl. Tetzlaff 2000b: 717).

3. 4. Afrika und die Welt

Die geschilderte Schwäche der afrikanischen Zivilisationsinstanzen Wirtschaft, Gesellschaft und Staat wirkt sich gravierend auf die internationale Ebene aus, in der die Länder südlich der Sahara sich ohne Stimme und Macht und in verkehrten Modi der Anerkennung wiederfinden.

3. 4. 1. Keine Stimme

Zahlreiche afrikanische Staaten besitzen weder die nötigen personalen noch institutionellen oder wissenschaftlichen Kompetenzen, um in komplizierten internationalen Verhandlungen entscheidend mitzuwirken. So haben mehr als ein Dutzend afrikanischer Staaten keine ständige Vertretung bei der WTO in Genf und viele andere nur eine bis drei abgeordnete Personen, die zudem noch als Vertreter für andere Organisationen fungieren. Sie bleiben passive Akteure in einem für ihre Länder enorm einflußreichen Prozeß und können oft selbst bestehende Regeln nicht umsetzen, da ihnen die Mittel dafür fehlen (vgl. Messner/Nuscheler 2003a: 433 f, 437).

3. 4. 2. Keine Macht

Die Machtverhältnisse in den wichtigen Institutionen der Weltpolitik gleichen heute, obwohl Entwicklungsländer vielerorts schon lange die Mehrzahl der Mitglieder stellen, noch oft oligarchischen Kartellen der westlichen Welt. Folglich sehen ohnehin schwache Akteure in ihnen eine weitere Bedrohung ihrer nationalen Souveränität, die Afrikaner insbesondere aufgrund ihrer schlechten Erfahrungen mit den ruinösen Zwängen der Strukturprogramme der Bretton-Woods-Zwillinge IWF und Weltbank (vgl. Messner/Nuscheler 2003a: 425 f). Die generell fehlende demokratische Legitimation der internationalen Institutionen, die gewählten Parlamenten Entscheidungsbefugnisse und Kompetenzen entziehen, um bessere Outputs zu erzielen, als es nationale Regierungen alleine könnten, gefährdet die Schwachen und Passiven ferner (vgl. Messner/Nuscheler 2003b: 33 f). Schon in der westlichen Welt sind die Bürger nur wenig über globale Politik informiert und in Kenntnis. In Entwicklungsländern ohne Wirtschaftsmacht, Bürgeröffentlichkeit und demokratische Regierung ist die Gefahr, von Entscheidungen überrollt zu werden, noch ungleich höher (vgl. Dahl 1999: 533 ff).

3. 4. 3. Verkehrte Anerkennung

Die durch Mitgliederwachstum und Wichtigkeitszunahme bedingte Vergrößerung an Interessen, Divergenzen und Zuständigkeiten in den internationalen Organisationen führt zu erhöhten Anforderungen an die Implementierungskapazitäten der häufig bereits überforderten Entwicklungsländer (vgl. Messner/Nuscheler 2003a: 433). Gleichzeitig werden jedoch trotz solidarischer Rhetorik des Westens die Mittel für auswärtige Kultur- und Entwicklungspolitik immer weiter gekürzt (vgl. Messner/Nuscheler 2003a: 426). Umgekehrt erlaubt die westliche Anerkennung korrupter afrikanischer Herrscher diesen, für ihre Staaten ruinöse Kredite aufzunehmen und die Rohstoffe ihrer Länder zu ihrem eigenen finanziellen und politischen Gewinn an den Westen zu verkaufen, ohne sich um ihre Bevölkerungen kümmern zu müssen. Diese Praxis verführt geradezu zu umfassender Korruption und ständigen Putschversuchen (vgl. Pogge 2001: 554 f).

4. Schluß

Die schwachen, rohstoffabhängigen Wirtschaften Afrikas und seine unmodernisierten, klientelistischen Gesellschaften wirken mit den Hinterlassenschaften der Kolonialgeschichte und der ungleichen Machtverteilung auf der Weltbühne in sehr schädlicher Weise zusammen und erzeugen nach innen und außen kaum handlungsfähige Staaten, die heute in zwei von drei afrikanischen Ländern von mehr oder weniger fortgeschrittenen, nur schwer umkehrbaren Phänomenen des Zerfalls und der Machterosion betroffen sind (vgl. Tetzlaff 2000d: 38 f).

Angesichts dieser ernüchternden Diagnose wird deutlich, daß das Konzept der Global Governance, das die Nationalstaaten als „tragende Stützpfeiler“ seiner Architektur vorsieht, heute in weiten Teilen Afrikas nicht wirksam greifen und folglich nur geringe oder gar keine Verbesserungen von oben erzielen kann.

Diese Verbesserungen müssen stattdessen von unten, der wirtschaftlichen Basis gesellschaftlicher Modernisierung und staatlicher Demokratisierung her erfolgen. Unter sorgfältiger Beachtung der bestehenden Rahmenbedingungen wie zum Beispiel der stark negativen Erfahrung vieler Afrikaner mit oktroyierten Anpassungsprogrammen müssen die Staaten südlich der Sahara von ihrem Rohstofffluch befreit werden und mit soviel westlicher Unterstützung wie möglich und nötig wettbewerbsfähige Wirtschaften entwickeln.

Ferner müssen die bestehenden, westlich dominierten Institutionen der Global Governance die Entwicklungsländer in Macht und Mitarbeit stärker einbinden und ihnen die nötigen Mittel, Konzepte und Wege zur Verfügung stellen, damit sie effektiver partizipieren und ihre Wirtschaften und Gesellschaften besser schützen und fördern können. Die Institutionen müssen weiter offener und demokratischer werden und mehr Wert auf Menschenrechte legen.

Denn das letztliche Eichmaß der weltweiten Ordnung, wie am Anfang angesprochen, sind die Rechte unserer Mitmenschen. Aus dieser Perspektive ist die Situation Afrikas ohne Zweifel die wichtigste „globale Herausforderung“ und das größte „grenzüberschreitende Phänomen“, das seiner Bearbeitung auf allen Ebenen dringend harret, umso mehr, als die heutige westliche Welt- und Warenordnung diese unmenschliche Situation weiter fest- und fortschreibt. Beenden wir die Tragödie Afrikas, es ist unsere menschliche Pflicht!

5. Quellen

- Dahl, Robert A. (Alan) 1999: Can International Organizations be Democratic? A Skeptic's View. In: Held, David / McGrew, Anthony (eds.): The Global Transformations Reader. An Introduction to the Globalization Debate. Cambridge: Polity Press, 530 – 541.
- Ferdowsi, Mir A. (Abdolhassan) 1998: Afrika – ein verlorener Kontinent? In: Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.): Afrika zwischen Agonie und Aufbruch. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 9 – 21.
- Goldsmith, Edward 2002: Entwicklung als Kolonialismus. In: Mander, Jerry / Goldsmith, Edward (Hrsg.): Schwarzbuch Globalisierung. Eine fatale Entwicklung mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern. München: Riemann Verlag, 33 – 57.
- Grande, Edgar 2001: Die neue Unregierbarkeit. Globalisierung und die Grenzen des Regierens jenseits des Nationalstaats. In: <http://www.pol.wiso.tu-muenchen.de/publikat/ap-02-01.doc>, zuletzt zugegriffen am 13. April 2006.
- Kappel, Robert 1998: Ursachen der afrikanischen Entwicklungskrisen und Chancen der Wirtschaftsreformen. In: Ferdowsi, Mir A. (Hrsg.): Afrika zwischen Agonie und Aufbruch. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 79 – 121.
- Messner, Dirk / Nuscheler, Franz 2003a: Reformfelder zur Weiterentwicklung des internationalen Systems. Global Governance als Königsweg? In: Nord-Süd aktuell 3/2003, 423 – 439.
- Messner, Dirk / Nuscheler, Franz 2003b: Das Konzept Global Governance. Stand und Perspektiven. In: <http://inef.uni-due.de/page/documents/report67.pdf>, zuletzt zugegriffen am 13. April 2006.

- Pogge, Thomas W. (Winfried) 2001: Priorities of Global Justice. In: Held, David / McGrew, Anthony (eds.): The Global Transformations Reader. An Introduction to the Globalization Debate. Cambridge: Polity Press, 548 – 558.
- Senghaas, Dieter 2003: Interkulturelle Dialoge angesichts kultureller Globalisierung: Plädoyer für eine Reorientierung. In: Fues, Thomas / Hippler, Jochen (Hrsg.): Globale Politik. Entwicklung und Frieden in der Weltgesellschaft. Bonn: Dietz Verlag, 318 – 334.
- Tetzlaff, Rainer 1998a: Afrika zwischen Demokratisierung und Staatszerfall. Eine Bilanz nach zehn Jahren politischer Veränderungen seit dem Ende des Kalten Krieges. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21/1998, 3 – 15.
- Tetzlaff, Rainer 1998b: Widersprüche und Risiken, Chancen und Voraussetzungen der Demokratisierung. In: Ferdowski, Mir A. (Hrsg.): Afrika zwischen Agonie und Aufbruch. München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 123 – 164.
- Tetzlaff, Rainer 2000a: „Failing states“ in Afrika. Kunstprodukte aus der Kolonialzeit und europäische Verantwortung. In: Internationale Politik 7/2000, 8 – 16.
- Tetzlaff, Rainer 2000b: Vierzig Jahre politische Herrschaft in Afrika: Vom postkolonialen Einparteiensstaat zu Mehrparteiendemokratie oder raubwirtschaftlicher Kriegsherrschaft. In: Nord-Süd aktuell 4/2000, 709 – 724.
- Tetzlaff, Rainer 2000c: Globalisierung – „Dritte Welt“-Kulturen zwischen Zukunftsängsten und Aufholhoffnungen. In: Tetzlaff, Rainer (Hrsg.): Weltkulturen unter Globalisierungsdruck. Erfahrungen und Antworten aus den Kontinenten. Bonn: Dietz Verlag, 18 – 64.
- Tetzlaff, Rainer 2000d: Afrika zwischen Zivilisierung und Zerfall des Staates: Zu den gewaltsamen Umbrüchen in Afrika nach dem Ende des Kalten Krieges. In: Institut für Afrika-Kunde / Hofmeier, Rolf / Jakobeit, Cord (Hrsg.): Afrika-Jahrbuch 1999. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara. Opladen: Leske + Budrich, 34 – 47.

Tetzlaff, Rainer 2003: Good Governance und Neopatrimonialismus in Afrika südlich der Sahara – ein Widerspruch? In: Nord-Süd aktuell 3/2003, 478 – 486.

Tetzlaff, Rainer / Jakobeit, Cord 2005: Das nachkoloniale Afrika. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

von Trotha, Trutz 2000: Die Zukunft liegt in Afrika. Vom Zerfall des Staates, von der Vorherrschaft der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit. In: Leviathan 2/2000, 253 – 279.